

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses vom 08.06.2022
--

A) Öffentliche Sitzung

TOP 9	Ortsumgehung L499 Weiler am Berge, Teilausbau als Kreisstraße hier: Antrag der Fraktionen CDU, FDP und UWV	A 98/2022
--------------	---	------------------

Ausschuss für Planung, Nachhaltigkeit und Mobilität	01.06.2022	Z 1
---	------------	------------

Herr Weber, CDU, bitte darum, die von der Verwaltung in der Verwaltungsergänzung vom 19.05.2022 (Z 1) vorgeschlagene Beschlussempfehlung zu modifizieren. So möge man zuerst eine Verkehrsschau beauftragen, um auf der Basis der Ergebnisse noch einmal im Ausschuss für Planung, Nachhaltigkeit und Mobilität in der nächsten Sitzungsperiode in die abschließende Diskussion zugehen, bevor der Auftrag zur Verkehrsuntersuchung erteilt wird.

Herr Grutke stellt fest, dass dieser Antrag geprüft und festgestellt wurde und dass ein möglicher Bau nach ersten Vorprüfungen zu einer Mehrbelastung führen könne. Dies zeige, dass eine ganzheitliche Bewertung von Bauprojekten und in diesem Falle eine ganzheitliche Betrachtung der Verkehrssituation wichtig sei. Es sei daher zielführend, verkehrliche, finanzielle und naturschutzfachrechtliche Untersuchungen anzustreben. Er rege an, dass die Aspekte der Verkehrsentwicklung, die Siedlungsprojekte vor Ort, das Radwegkonzept sowie der ÖPNV mit eingebunden werden. Dem vorausgehend müsse eine entsprechende Verkehrsflussanalyse erstellt werden.

Der Vorsitzende lässt die v.g. Aspekte in die modifizierte Beschlussempfehlung einfließen.

Der Vorsitzende lässt über die ergänzte Beschlussempfehlung abstimmen:

Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe von Ingenieurleistungen zur Untersuchung der verkehrlichen Auswirkungen des Neubaus der K 45n, Ortsumgehung Weiler am Berg. Das Ergebnis soll Rückschlüsse auf die verkehrlichen, finanziellen und naturschutzfachlichen Auswirkungen geben bzw. notwendige Maßnahmen im nachfolgenden Streckenzug zur Ortsumgehung ergründen.

Ergänzung zur bestehenden Beschlussempfehlung:

Die Beauftragung erfolgt unter der Voraussetzung, dass die Verkehrssicherheitsprobleme an der L499 und die möglichen örtlichen Maßnahmen zur Abstellung der Probleme vorab im Rahmen einer Verkehrsschau unter Beteiligung der Straßenverkehrsbehörde, der Polizei und der Straßenbulasträger erneut ergründet werden. Der Ausschuss für Planung, Nachhaltigkeit und Mobilität wird vorab über die Ergebnisse der Verkehrsschau informiert, bevor die endgültigen Ingenieuraufträge erteilt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig